

L1 Eine Welt in Unordnung - außenpolitische Eckpfeiler in einer Welt voller Kriege

Gremium: 1. Länderrat 2024
Beschlussdatum: 13.07.2024
Tagesordnungspunkt: L Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Eine Welt voller Kriege

2 Ob der furchtbare russische Angriffskrieg in der Ukraine, das Massaker vom 7.
3 Oktober in Israel und der Krieg im Gazastreifen, der Bürgerkrieg im Sudan oder
4 das Säbelrasseln Chinas gegenüber Taiwan: Noch nie war für unsere Generation
5 Krieg so allgegenwärtig wie derzeit. Doch die Kriege sind nicht nur näher und
6 greifbarer geworden, sie nehmen auch quantitativ zu, dauern länger und sind
7 komplizierter zu beenden. Die Zahl der Toten durch bewaffnete Konflikte ist so
8 hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr, weltweit steigen die Militärausgaben und
9 neue geopolitische und regionale Blockkonfrontationen werden immer bedrohlicher.
10 Die Angst vor dem Krieg ist omnipräsent, in allen Umfragen rangiert sie oben bei
11 den größten Sorgen der Menschen in Deutschland.

12 Diese Situation fordert uns als Linke - die sich jahrelang vor allem
13 innenpolitischen Themen zugewendet haben - heraus, Antworten zu geben, die einen
14 Ausweg aufzeigen. Die Versuchung, aufgrund der komplexen Lage vermeintlich
15 einfache Lösungen heranzuziehen, ist groß. Doch weder bedingungsloser
16 Pazifismus, der vielen Antworten auf konkrete Konfliktslagen schuldig bleibt,
17 noch die liberale Erzählung einer Notwendigkeit zur Aufrüstung zum Schutze der
18 "regelbasierten Ordnung" kann eine wirklich linke Antwort sein. Nur, wenn wir
19 verstehen, warum gewaltsame Konflikte entstehen und uns anschauen, welche
20 Entwicklungen die Eskalation von Konflikten in Zukunft wahrscheinlicher machen
21 könnten, können wir echte langfristige Strategien für Frieden entwickeln.

22 Panzer für das nationale Interesse? Die Militarisierung zur Sicherung 23 national(istisch)er und kapitalistischer Interessen

24 Im globalen Wettbewerb um kritische Rohstoffe, geopolitische Vormachtstellungen
25 und profitable Handelsrouten konkurrieren heute sowohl die alten Mächte wie die
26 USA, EU-Staaten und Russland als auch zunehmend Staaten wie China, Iran oder
27 Saudi-Arabien. Dabei stürzen sich Regierungen nicht nur zunehmend in

28 Handelskriege und Subventionswettläufe für die eigene nationale Wirtschaft,
29 sondern rüsten gleichzeitig massiv auf. Russland rüstet sich für jahrzehntelange
30 Kriegswirtschaft. Die USA als Land mit dem größten Verteidigungshaushalt
31 weltweit gaben allein 2023 916 Milliarden US Dollar für ihr Militär aus. Chinas
32 Militärausgaben stiegen rasant an und lagen im Jahr 2023 bei 296 Milliarden US-
33 Dollar. Die Militärausgaben in Europa sind so hoch wie seit dem kalten Krieg
34 nicht mehr. Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure und hat dadurch
35 eine große Verantwortung.

36 Dieses Wettrüsten stellen immer mehr Politiker*innen als unumgängliche
37 Absicherung deutscher und europäischer Interessen dar. Doch die Erfahrung zeigt:
38 Nicht selten spielen auch auf westlicher Seite bei Aufrüstung und militärischen
39 Interventionen imperiale Interessen eine relevante Rolle: Ob vergangene
40 Interventionen der USA zur Sicherung von Ölressourcen in den Golfstaaten oder
41 Frankreichs militärische Absicherung von Ressourcen in ehemaligen
42 westafrikanischen Kolonien: Einflussreiche Staaten sichern ihre nationalen
43 wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zunehmend militärisch ab und
44 spielen dabei mit der Angst und dem Leid von Millionen von Menschen.
45 Gleichzeitig gerät Friedenssicherung durch Diplomatie und Kooperation weiter aus
46 dem Blickfeld.

47 Kurzum: Krieg und Militarisierung gehören im Wettbewerb um Ressourcen und
48 Einfluss zum globalen kapitalistischen Alltag. Imperiale Bestrebungen wie
49 aktuell seitens Russlands setzen das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel und
50 werden als patriotisches oder notwendiges Übel dargestellt. Kriege und
51 militärische Auseinandersetzungen bedeuten für die Mehrheit der Menschen meist
52 vor allem eins: Leiden für nationalistische und oftmals wirtschaftliche
53 Interessen von Minderheiten.

54 **Deutschland im Aufrüstungsieber**

55 Getrieben durch den russischen Angriffskrieg und Szenarien, in denen eine
56 Ausdehnung des Krieges auf weitere Teile Osteuropas, inklusive NATO-Territorien,
57 befürchtet wird, ist Deutschland im Aufrüstungsieber: Deutschland - so
58 Verteidigungsminister Pistorius wörtlich - müsse wieder kriegstüchtig werden.
59 Die Folge: 100-Mrd-Sondervermögen, Debatten über Sozialstaatsabbau zugunsten
60 weiterer Aufrüstung, Diskussionen über die Wiedereinführung der Wehrpflicht,
61 Forderungen nach Kriegsübungen an Schulen. Zeitgleich werden Gelder für
62 Diplomatie, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gestrichen oder
63 stehen auf der Kippe. Währenddessen kämpft die demokratische Zivilgesellschaft
64 inklusive der Träger von Jugendarbeit und Freiwilligendiensten mit den Folgen
65 der Inflation: Die Entwicklung der öffentlichen Fördergelder blieb zuletzt
66 deutlich hinter der Inflation zurück und nun steht die Zivilgesellschaft vor dem
67 ultimativen Sparhammer, der mit dem Haushalt 2025 droht. Während also viele
68 Träger von Freiwilligendiensten gar nicht erst neue FSJ-Stellen ausschreiben,
69

70 sollen 18-Jährige verpflichtend gemustert werden und mit Anreizen zur Bundeswehr
71 gelockt werden, von denen FSJ-ler*innen in Krankenhäuser und Kitas nur träumen
können.

72 Wir halten diese Verschiebung von Prioritäten weg von Diplomatie, Kooperation
73 und Entwicklungszusammenarbeit hin zu Aufrüstung sowie die Militarisierung der
74 Gesellschaft bei gleichzeitigem Abbau von Zivilgesellschaft für gefährlich,
75 autoritär und nicht hinnehmbar.

76 Wir wollen in einer Welt leben, die auf internationalem Ausgleich von
77 Interessen, auf Kooperation statt Konkurrenz, auf Gemeinwohl ausgerichtetem
78 Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen, auf Gleichheit und Verständigung
79 sowie auf der Einhaltung gemeinsamer Regeln wie insbesondere der Menschenrechte
80 und des Völkerrechts beruht. Kurz: Eine Welt, in der es keinen Grund mehr gibt,
81 Krieg zu führen und in der Konflikte, so sie unvermeidbar sind, durch
82 demokratische Aushandlung unter Wahrung von Minderheitenrechten gelöst werden -
83 und nicht Krieg. Wir sind überzeugt, dass dieser Weg langfristig auf Abrüstung
84 angewiesen ist.

85 Wir sind gleichwohl nicht so naiv zu denken, dass in Anbetracht der Bedrohung
86 durch ein von imperialen Interessen getriebenes Russland, eine einseitige
87 Abrüstung bzw. der sofortige Verzicht auf jegliche Form von Verteidigung auf
88 europäischer Seite so einfach möglich ist.

89 Wir erwarten, in Anbetracht dieser ambivalenten Lage, dass Diskussionen über
90 Waffenlieferungen und Aufrüstung mit größter Vorsicht geführt werden.
91 Reflexhaftes und moralisierendes In-die-Ecke Drängen derjenigen, die auf
92 Diplomatie und militärische Zurückhaltung setzen und vor einer Militarisierung
93 der Gesellschaft warnen, halten wir für deplatziert. Denn wer gar nicht mehr
94 nach Frieden sucht, wird ihn auch nicht herstellen können.

95 **Als Grüne Jugend können und werden wir keine detaillierten Friedenspläne für die**
96 **Ukraine, den Nahen Osten und weitere Krisengebiete vorlegen. Das würde**
97 **einerseits unseren Kompetenzbereich vollkommen übersteigen, andererseits unsere**
98 **in außenpolitischen Fragen stark begrenzte Einflussmöglichkeiten leugnen.**
99 **Stattdessen wollen wir einige Eckpfeiler festhalten, an denen sich unsere**
100 **Position in einer zunehmend von Kriegen bestimmten Welt und eines von Aufrüstung**
101 **dominierten deutschen Diskurses, orientieren soll:**

- 102 • Wir lehnen jegliche Form von Austerität zugunsten von Aufrüstung ab

- 103 • Wir setzen uns für eine Erhöhung der Gelder für Diplomatie,
104 Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention
105

ein.

- 106 • Wir fordern die Einführung eines wirksamen Rüstungskontrollgesetzes, das
107 Waffenexporte in nicht-demokratische Staaten wirksam unterbindet.
- 108 • Wir halten an von Deutschland ratifizierten internationalen
109 Abrüstungsverträgen - insbesondere dem Atomwaffensperrvertrag - fest und
110 fördern weitere Bemühungen für internationale Abrüstungsverträge.
- 111 • Wir setzen uns dafür ein, dass Kriegsdienstverweigerer aus egal welchem
112 Land in Deutschland grundsätzlich Asyl erhalten.
- 113 • Mit Blick auf den Nahen Osten unterstützen wir alle Maßnahmen, die auf die
114 Freilassung aller Geiseln, die Einhaltung des Völkerrechts und einen
115 nachhaltigen Waffenstillstand hinwirken. Wir stehen solidarisch an der
116 Seite der linken Zivilgesellschaft in Israel, die für einen
117 Regierungswechsel, einen Geiseldeal und ein Ende des Krieges eintreten
118 sowie an der Seite der Palästinenser*innen, die sich um Frieden und
119 Verständigung bemühen. Wir unterstützen weiterhin alle Bemühungen für eine
120 2-Staaten-Lösung.
- 121
- 122 Wir kritisieren jegliches Verhalten der verschiedenen Konfliktparteien,
123 das diesem Ziel zuwider läuft beziehungsweise es zunehmend
124 unwahrscheinlicher werden lässt, so etwa auf die Vernichtung Israels
125 abzielende Terroranschläge sowie Siedlungspolitik in und Landraub von
126 palästinensischem Gebiet.
- 127
- 128 Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie alles in ihrer Macht
129 stehende tut, um diesen Krieg zu beenden und für eine Befreiung der
130 Geiseln zu sorgen. Die Lieferung von Waffen, die im Gazastreifen
131 eingesetzt werden könnten, muss bis auf weiteres ausgesetzt bleiben.
132 Gleichzeitig muss angesichts zunehmender Angriffe an verschiedenen Fronten
133 Israels Selbstverteidigungsfähigkeit gesichert bleiben. Insgesamt sind wir
134 überzeugt, dass nur eine friedliche politische Lösung langfristig die
Sicherheit in der Region verfestigen kann.
- 135 • Wir unterstützen Waffenlieferungen an die Ukraine, insofern ihr
136 Eskalationsrisiko sorgfältig abgewogen und Verhandlungslösungen immer
137 wieder ernsthaft ausgelotet werden. Außerdem setzen wir uns für eine
138 Erhöhung der Mittel für die zivile Infrastruktur und den Wiederaufbau in
139 der Ukraine ein.

- 140 • Wir lehnen jegliche Modelle eines “neuen Wehrdienstes” bzw. einer
141 Wehrpflicht ab, die nicht auf Freiwilligkeit beruhen. Die Verpflichtung
142 junger Menschen gegen ihren Willen lehnen wir ab.

- 143 • Wir fordern die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft - dies
144 betrifft die Förderung der Jugendarbeit genauso wie Ausbau und Stärkung
145 und faire Bezahlung der Freiwilligendienste.

- 146 • In dem Wissen, dass Ressourcenkonflikte kriegerische Auseinandersetzung in
147 Zukunft auslösen und befeuern dürften, setzen wir uns mit Nachdruck für
148 effektiven Klimaschutz und Maßnahmen zur Verringerung des Rohstoffbedarfs
149 ein.

- 150 • Wir sprechen uns gegen jegliche Freihandelsabkommen aus, die
151 Abhängigkeiten des globalen Südens ausnutzen und vertiefen – und somit
152 Konfliktursachen verschärfen.

- 153 • Wir setzen uns für Technologietransfers in technologisch weniger
154 fortgeschrittene Länder und wirtschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe ein.

- 155 • Wir setzen uns für den Erlass von Schulden überschuldeter Staaten des
156 globalen Südens ein.

- 157 • Als internationalistischer Verband solidarisieren wir uns mit allen
158 Kräften weltweit, die für Frieden und Verständigung, Kooperation,
159 Gleichheit und Menschenrechte eintreten.